

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Wirtschaft

Ökostrom auf dem Vormarsch

Der Ausbau erneuerbarer Energien geht in Deutschland beachtlich voran. Schon jede elfte Kilowattstunde wird alternativ erzeugt.

Berlin (dpa) Der Ausbau von Wind, Sonne und anderen erneuerbaren Energieträgern muss aus Branchensicht im Interesse von Klimaschutz und Energieversorgung weiter massiv beschleunigt werden. Zwar habe 2007 der Öko-Anteil am deutschen Energieverbrauch auf 9,1 Prozent nach acht Prozent 2006 und allein beim Stromverbrauch auf 14 Prozent weiter zugelegt, berichtete der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) gestern in Berlin. Die Klimaschutzziele beim Abbau des schädlichen Kohlendioxids (CO₂) verlangten jedoch erhebliche Nachbesserungen des Gesetzespaketes der Bundesregierung, forderte BEE-Präsident Johannes Lackmann. Dazu gehöre für den Öko-Strom „mehr Mut“ bei der Förderung von Sonnen-, Wind- und Bio-Energie und im Heizbereich die Förderung über eine von den Verbrauchern befristet zu tragende Umlage.

Lackmann forderte die Bundesregierung zudem auf, Pläne der EU-Kommission zu verhindern, europaweit ein Handelssystem für erneuerbare Energien zu installieren. Vielmehr sei die gängige Praxis großer Konzerne, ihren Atom- und Kohlestrom oder Strom aus alten Wasserkraftanlagen in Norwegen mit Hilfe solcher Zertifikate zum Öko-Strom zu erklären, zu verbieten. Über solchen „Etikettenschwindel“ war es in den vergangenen Tagen zu heftigen Debatten gekommen. Das Bundesumweltministerium wollte solche Praktiken jetzt förmlich nicht bewerten. Es empfahl aber den Verbrauchern, sich vor dem Einkauf von Öko-Strom über die Herkunft zu vergewissern. Sie sollten darauf achten, dass ihr Stromlieferant eine anerkannte Zertifizierung wie „Ökostrom-Label“ oder „OK-Power“ nachweise, sagte ein Sprecher. Dies sei bei reinen Ökostrom-Anbietern nicht nötig.

Klimaschutzziel der Bundesregierung ist es, bis 2020 einen Anteil von knapp 20 Prozent bei erneuerbaren Energien zu erreichen. Mit dem Anstieg von 6,6 Prozent Öko-Anteil im Jahr 2005 auf 9,1 Prozent 2007 trugen Wind-, Sonnenkraft und Co. mit 219,4 Milliarden Kilowattstunden zur Versorgung bei. Der Ausbau des Öko-Anteils allein beim Strom

könne so jährlich den Wegfall eines Kernkraftwerks auffangen, betonte BEE-Geschäftsführer Milan Nitzschke. Das sei bedeutsam für den Atomausstieg, der bis etwa 2023 abgeschlossen sein soll. Hauptträger des Strom-Wachstums war die Windenergie, während die Wasserkraft stagnierte. Beim Biokraftstoff erhöhte sich der „erneuerbare“ Anteil 2007 auf sieben Prozent nach 6,6 Prozent im Vorjahr.

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Deutschland

Öko-Energien auf dem Vormarsch

Ein weiter Weg

Die erneuerbaren Energien boomen. Bundesweit liefern Sonne, Wind und Co. mittlerweile neun Prozent des deutschen Energieverbrauchs. In Mecklenburg-Vorpommern können sogar mehr als 30 Prozent des Energieverbrauchs durch Ökostrom gedeckt werden – ein Spitzenwert in Deutschland. Und die Branche sieht noch erhebliches Potenzial bei Windenergie, Photovoltaik, Biomasse oder Geothermie.

Noch vor wenigen Jahren wurden die Pioniere alternativer Energieproduktion als Ökofuzzis belächelt. Eine Zukunft ohne Kernkraft, Gas oder Kohle schien undenkbar. Heute firmieren Unternehmen der regenerativen Energien-Branche als lukrative Aktien-Gesellschaften. Sie erzielen beeindruckende Wachstumsraten, schaffen Tausende zukunftsfähige Jobs. Allein die Photovoltaik-Branche will ihre Beschäftigtenzahl in Deutschland bis zum Jahr 2020 auf 100 000 verfünffachen. Deutsche Unternehmen haben weltweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Trotz aller Euphorie: Auch wenn der Energieverbrauch durch moderne Technologien gedrosselt wird und gleichzeitig die Produktion etwa von Öko-Strom steigt – ein totaler Ausstieg aus konservativer Energiegewinnung liegt noch in weiter Ferne. Sonne, Wind & Co. können umwelt-unfreundliche Energieträger wie Gas oder Kohle bislang nur ergänzen, jedoch lange noch nicht ersetzen. Das zu erreichen, bleibt ein hehres Ziel. Aber der Weg dorthin ist bereitet.

AXEL MEYER

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Wirtschaft

Dong weist Vorwürfe zurück

Der dänische Energiekonzern hat seine interne Untersuchung mit einem klaren Ergebnis abgeschlossen. Von einer Bestechung könne demnach keine Rede sein.

Lubmin (dpa) Nach dem Abschluss von konzerninternen Untersuchungen hat der dänische Energiekonzern Dong Energy die gegen ihn erhobenen Bestechungsvorwürfe als ungerechtfertigt zurückgewiesen. Die Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage, teilte Dong gestern mit. Es sei unwahrscheinlich, dass ein Dong-Mitarbeiter, der sich weder mit behördlichen Genehmigungen noch mit Sponsoring beschäftigte, gegenüber einer Person, die er zu diesem Zeitpunkt nicht kannte, einen Bestechungsversuch gemacht haben sollte, sagte der mit den Untersuchungen beauftragte Anwalt Oluf Engell laut Pressemitteilung.

Die Staatsanwaltschaft Stralsund hatte nach zwei Anzeigen Ende 2007 Ermittlungen wegen des Verdachts der versuchten Bestechung eingeleitet. Der Anwalt der Kraftwerksgegner, Peter Kremer, und eine Kraftwerksgegnerin warfen darin Dong Energy vor, am 2. November in Wolgast dem Bürgermeister der Gemeinde Lubmin Geld für

„klamme Gemeindekassen“ angeboten zu haben. Der dänische Energiekonzern will in Lubmin für rund zwei Milliarden Euro ein 1600-Megawatt-Steinkohlekraftwerk errichten. Das Projekt ist in der Region stark umstritten. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Stralsund sind noch nicht abgeschlossen. In der kommenden Woche soll der Bürgermeister Lubmins, Klaus Kühnemann, als Zeuge vernommen werden, sagte Staatsanwalt Ralf Lechte. Die konzerninternen Untersuchungen von Dong hätten keinen Einfluss auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Dong Energy hatte am 11. Dezember nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe Juristen mit internen Untersuchungen beauftragt, die dafür Projektbeschreibungen, Verträge, Schriftwechsel, Sitzungsprotokolle und Medienberichte geprüft und mit den beschuldigten Mitarbeitern Gespräche geführt haben. Unterdessen hat der Unternehmer-Spitzenverband VUMV dem dänischen Kraftwerksinvestor Dong Energy den Rücken gestärkt. Ein solch gewaltiges Investitionsvorhaben wie in Lubmin habe erhebliche positive wirtschaftliche Auswirkungen für die Region, sagte der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV), Hans Dieter Bremer. Er forderte einen fairen und sachlichen Umgang mit dem dänischen Energiekonzern. Potenziellen Investoren sollte der Weg geebnet und nicht der Eindruck vermittelt werden, in Mecklenburg-Vorpommern werde „nach Lust, Laune und politischer Stimmungslage“ entschieden.

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Hansestadt Greifswald

Nur bei Lubmin kann Kraftwerk gebaut werden

Regionalplanerisch ist nur in Lubmin ein großes Kraftwerk in Vorpommern möglich. So sieht es auch ein aktuelles Papier vor.

Greifswald „Lubmin ist als Standort für nicht auf Kernspaltung beruhende Energieerzeugung zu sichern und auszubauen.“ So steht es im Entwurf des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Vorpommern. Es soll das Regionale Raumordnungsprogramm von 1998 ablösen. Vorpommern ist bei der Erarbeitung des für künftige Entscheidungen für Investitionen und Projekte, Wohnbauvorhaben und Förderungen sehr wichtigen Papiers in MV am weitesten. Derzeit läuft das erste Beteiligungsverfahren für den im Februar 2007 von der Verbandsversammlung beschlossenen Entwurf. Dieser gehören Vertreter der Kreise Nordvorpommern, Ostvorpommern, Rügen, Uecker-Randow, Greifswald und Stralsund an.

Wie die Pressestelle des Bauministerium mitteilte, soll im März der Entwurf für das zweite öffentliche Beteiligungsverfahren vorliegen, die Einarbeitung der Stellungnahmen wird dann abgeschlossen sein. Verbände, Vereine usw. konnten ihre Meinungen einbringen. Dieser Entwurf liegt dann von Mai bis Juli aus. Angesichts der gegenwärtig laufenden leidenschaftlichen Debatte um das Steinkohlekraftwerk Lubmin darf man schon gespannt sein. Vorpommern setzt laut erstem Entwurf auch auf Wind- und Solarenergie, auf Energieeffizienz, auf Geothermie, die Gewinnung von Biodiesel, Biogasanlagen, die Verbrennung von Strom und Holz zur Energieerzeugung.

Außerdem heißt es in der Begründung in Sachen Energie: „Die Verfügbarkeit eines sicheren, preiswerten und vielfältigen Energieangebots ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung in der Region... Aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen kann Lubmin auch zukünftig als Kraftwerksstandort genutzt werden. Der Standort ist sowohl für Kraftwerke auf der Basis fossiler Brennstoffe als auch für eine Anlage zur Kernfusion geeignet.“ Im gegenwärtig gültigen Raumordnungsprogramm wird noch die Freihaltung von Flächen für die mögliche Ansiedlung des Internationalen Thermonuklearen Reaktors (ITER) bei Lubmin festgeschrieben. Lubmin ist auch hier der einzige mögliche „Standort für ein größeres Kraftwerk.“

Aus der Sicht der aktuellen Debatte in Greifswald ist sicher auch Ladebow interessant, im Entwurf (noch) als zu entwickelnder Hafen wie Sassnitz-Mukran, Stralsund, Wolgast mit zu stärkender Funktion für die regionale Wirtschaft dargestellt.

ECKHARD OBERDÖRFER

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Ostvorpommern

SPD ohne Landratskandidaten

Die SPD wird für die Wahl zum Kreisverwaltungschef wahrscheinlich keinen Bewerber stellen. Die NPD will Andrejewski benennen.

Ostvorpommern Die Lage ist verzwickte für die SPD. Während die beiden anderen Volksparteien CDU und Linke längst ihre Kandidaten für die Landratswahl am 18. Mai gekürt haben, treten die Sozialdemokraten bei der Suche auf der Stelle. Ihr Kreisvorsitzender Uwe Schultz will nicht noch einmal ran (er wurde 2001 Dritter) und auch der SPD-Fraktionschef im Kreistag, Jürgen Kanehl, wird's nicht machen. Er hat als Bürgermeister in Wolgast genug zu tun. Dass die CDU Wahlfavorit im Kreis ist, mag die Motivation zusätzlich schmälern.

„Derzeit spricht alles dafür, dass wir keinen Kandidaten ins Rennen schicken“, bestätigt Schultz. Er habe zwar zwei junge Polittalente im Blick. Für sie komme diese Wahl aber noch zu früh. Eine letzte kleine Option habe man womöglich durch einen Kandidaten „von außen“. „Aber hier ist wohl eher der Wunsch Vater des Gedankens“, räumt Schultz ein.

Die personelle Schwäche der SPD könnte sich umso erschwerender auswirken, da die rechtsextreme NPD plant, ihren Kreistagsabgeordneten Michael Andrejewski als Kandidaten aufzustellen. „Ich gehe davon aus, dass noch in dieser Woche die Entscheidung fällt“, sagt der Anklamer. Es sei nur noch die Bestätigung des Landesvorstandes

nötig. Andrejewski schätzt seine Chancen als gut. In Ostvorpommern bekam die NPD bei der Landtagswahl knappe 13 Prozent, übersprang in einigen Dörfern des Kreises gar die 30-Prozent-Hürde.

Jörg Hasselmann, Dezernent in der Kreisverwaltung, und CDU-Landratskandidat schmerzt es, dass die NPD den Kreis auserkoren hat, um erstmals in M-V für ein so hohes kommunalpolitisches Amt zu kandidieren. „Es spornt mich aber auch für den Wahlkampf an. Gegen die Parolen der Rechten muss man harte Arbeit setzen“, sagt Hasselmann, der wegen seines Parteibuchs als Favorit in die Wahl gehen dürfte. Und das obwohl auch Amtsinhaberin Barbara Syrbe antritt: Die Landrätin hält das Rennen für sehr offen: „Ich habe eine gute Arbeit in den vergangenen sieben Jahren gemacht und muss mich nicht verstecken.“ Die NPD-Pläne sieht Syrbe auch als Problem. Sie verpflichteten zu einem guten Wahlkampf unter den Demokraten. Die Grünen wollen „höchstwahrscheinlich auch eine eigene Wahl-Alternative stellen“, wie ihr Kreisvorsitzender Stefan Fassbinder sagte. Einen konkreten Namen wollte er noch nicht nennen. Die FDP überlegt noch, ob sie ihren Hut in den Ring wirft.

ALEXANDER LOEW

Was macht unsere Regierung eigentlich? Bis zu 10.000 Jobs könnten geschaffen werden, wenn die Politik intelligent damit umgehen würde!

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Mecklenburg-Vorpommern

Kommunal-Kombi in der Warteschleife

Rostock (OZ) Ein von der Bundesregierung aufgelegtes Förderprogramm sorgt für Aufregung in MV: Bis zu 10 000 neue Jobs könnten bis Ende 2009 in Städten und Kreisen mit Hilfe des „Kommunal-Kombi“ geschaffen werden. Doch geschehen ist bislang nichts. Das Programm läuft seit dem 1. Januar. Profitieren sollen davon Kommunen mit hoher Arbeitslosenquote.

Die Koalition in Schwerin habe viel Zeit ungenutzt verstreichen lassen, kritisiert der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion, Helmut Holter. Er forderte das Land auf, sich finanziell an dem Programm zu beteiligen. Auch Peter Deutschland, Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nord drängte die Regierung, bei der Umsetzung des Kommunal-Kombi „Tempo zu machen“. Bundesweit könnten durch das neue Programm bis zu 100 000 sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden. Dabei erhalten Kommunen einen Zuschuss von 500 bis maximal 800 Euro pro Job bei der Einstellung von Langzeitarbeitslosen. In den Genuss der Förderungen kommen Landkreise und kreisfreie Städte, in denen die Arbeitslosenquote per Stichtag 1. Juli 2007 über 15 Prozent gelegen hat. Das betrifft in MV 15 der 18 Kommunen.

Die öffentliche Hand befürchtet indes hohe Mehrkosten für ihre Haushalte – trotz der finanziellen Unterstützung durch den Bund. Denn die Landkreise müssen die Lohndifferenz ausgleichen. „Bei dieser Rechnung zahlen die Kommunen oben drauf“, sagt Jan Peter Schröder, Geschäftsführer des Landkreistages MV. Er glaube, dass die Landkreise von dem Programm eher zurückhaltend Gebrauch machen.

Was die Kommunen als Nachteil sehen, hat der CDU-Arbeitsmarktpolitiker Günter Rühls als Vorteil ausgemacht. Seiner Ansicht nach sparen die Kommunen durch die Beschäftigung von Alg II-Bezieher, die zwei Jahre oder länger arbeitslos sind, die Kosten der Unterkunft ein. Daher gelte es, „in Kreisen und Hansestädten die neuen Fördermöglichkeiten möglichst schnell zu nutzen“. Insgesamt stehen für das Programm mit zwei Jahren Laufzeit zwei Milliarden Euro bereit. Der Bund gibt nach eigenen Angaben 1,7 Milliarden Euro, weitere 300 Millionen Euro stammen aus dem Europäischen Sozialfonds. Der Landkreistag MV sieht allerdings auch die Länder in der Pflicht. „Sie müssten für die Umsetzung des Programms zusätzliches Geld zur Verfügung stellen, denn die Kommunen haben schlicht keines“, so Schröder.

Bei der Landesregierung ist unterdessen noch kein Land in Sicht. Zwar hätten mehrere Ministerien einen Vorschlag zur Umsetzung des Kommunal-Kombis erarbeitet, so ein Sprecher. Dieser solle aber erst auf der Kabinettsitzung am 15. Januar vorgestellt werden.

AXEL MEYER

Freitag, 11. Januar 2008 | Mecklenburg-Vorpommern

SPD hofft auf „kleineres“ Kraftwerk

Neubrandenburg (dpa) Die Nordost-SPD und ihre Landtagsfraktion hoffen beim geplanten Steinkohlekraftwerk Lubmin weiter auf ein Einlenken des dänischen Energiekonzerns Dong Energy. „Es gibt einen SPD-Vorstandsbeschluss, nur die halbe Kraftwerksleistung zu unterstützen, daran orientieren wir uns“, sagte der Fraktionsvorsitzende Volker Schlotmann gestern in Neubrandenburg. Der SPD-Landesvorsitzende Erwin SELLERING habe der Fraktion auf der Winterklausur das Vorgehen der Partei erläutert. Die Dänen wollen bis 2012 ein Steinkohlekraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 1600 Megawatt errichten, das Genehmigungsverfahren läuft bereits.

„Wir haben nur eine Chance bei großer Geschlossenheit, der Ministerpräsident (Harald Ringstorff/SPD) ist auch Teil der Geschlossenheit“, erklärte SELLERING. Ringstorff müsse aber als Regierungschef auch ein unabhängiges

Genehmigungsverfahren sichern. Der Ministerpräsident gilt als Befürworter der Großinvestition und war parteiintern dafür kritisiert worden. „Ich erwarte aber auch Unterstützung für den SPD-Vorstandsbeschluss von den Kreisvorsitzenden, die das Projekt bisher ablehnen“, sagte Selling. Man hoffe auf ein Treffen am 21. Januar in Greifswald, sagte Selling. Dann tage turnusgemäß der geschäftsführende SPD- Landesvorstand, wo Ringstorff als beratendes Mitglied dabei sei, mit den Kreisvorsitzenden. Auch der dänische Investor Dong Energy sei eingeladen.

Freitag, 11. Januar 2008 | Ostvorpommern

Infrastruktur am Industriestandort Lubmin schneller anpassen

Lubmin Gerold Jürgens, Präsident des Unternehmerverbandes Vorpommern, brachte jetzt Politik und Wirtschaft zum Verkehrsgipfel in Lubmin zusammen. OZ sprach mit ihm.

OSTSEE-ZEITUNG: Herr Jürgens, wie viel Zeit haben die Verantwortlichen, um die Infrastruktur dem Aufschwung am Industriestandort Lubmin anzupassen?

Gerold Jürgens: Nicht viel. Wenn ich höre, dass man in den Ministerien von einem Zeitraum bis 2013 spricht, um größere Entlastungstrecken in der Region zu bauen, muss ich sagen: Das dauert zu lange.

OZ: Was ist die Folge, wenn's nicht schneller geht?

Jürgens: Es wird Probleme für die Unternehmen bei der Anlieferung über die Straße geben und einen Aufschrei in der Bevölkerung, wenn sich der Verkehr durch Orte wie Freest, Kemnitz oder Eldena schlängelt.

OZ: Weil schon in Kürze deutlich mehr Laster zum Industriestandort Lubmin und zurück rollen werden...

Jürgens: Genau. Manch einer unterschätzt, was auf uns zukommt. Wenn das Kohlekraftwerk gebaut wird, muss auch über die Straße geliefert werden, selbst wenn Dong einen Großteil per Schiff abwickeln will. Zudem beginnen noch 2008 die Vorbereitungen zum Pipeline-Bau. Die zuständigen Firmen liefern massive Rohre mit Durchmessern von 1,40 Metern in die Region. Auch der Bau der bereits genehmigten Gaskraftwerke in Lubmin wird bald realisiert. Firmen wie Liebherr und MAB erweitern ihre Produktion am Standort und auch der Hafen Vierow erhöht den Umschlag – Güter, die über die Straße weiter transportiert werden.

OZ: Welche Maßnahmen sollen für Entspannung sorgen?

Jürgens: Wir brauchen zwei neue größere Straßen, die Eldena und das Wolgaster Hinterland entlasten. Zudem müssen wir auch auf der Insel intelligente Lösungen schaffen. Kreisverkehre könnten den jetzt zunehmenden Verkehr entlasten.

Interview: ALEXANDER LOEW

Freitag, 11. Januar 2008 | Ostseumschau

Moorprojekt soll Klima retten

Minsk (n-ost) Weißrusslands Ruf in der westlichen Welt ist schlecht: Politisch ist das Land weitgehend isoliert. Anerkennung findet Weißrussland jedoch für sein Engagement im Naturschutz. Denn weißrussische Moorökologen planen mit Unterstützung westlicher Wissenschaftler und Geldgeber ab dem kommenden Jahr, eine Moorfläche von insgesamt 262 000 Hektar zu vernässen, 240 000 weitere Hektar sollen später hinzukommen. Ziel des gigantischen Projektes ist nicht nur der Erhalt seltener Tier- und Pflanzenarten, sondern auch der Schutz des globalen Klimas – schließlich gelten Moore als ideale Kohlenstoffdioxidspeicher. Seit Herbst 2004 werden auf einer Gesamtfläche von 42 000 Hektar bereits 17 Mooregebiete im Land vernässt. 62 000 Dollar kostet es, 1000 Hektar Moorlandschaft zu vernässen und zu pflegen. Kalkulierte Kosten für das gesamte Projekt: rund 16 Millionen US-Dollar. Weißrussische Wissenschaftler schätzen, dass jeder Hektar trockengelegtes Moor jährlich mehr als zehn Tonnen Kohlendioxid freisetzt. Verursacher sind die alten Entwässerungssysteme aus Sowjetzeiten, durch die viele Torfflächen trocken fallen. Die Folge: Der Torf mineralisiert, große Mengen Kohlendioxid geraten in die Atmosphäre. Ab den 1950er Jahren setzten in der Sowjetunion die gigantischen, vom Moskauer Institut für Melioration und Wasserwirtschaft durchgeführten Moormeliorationen ein. Das schädigte viele Tiere und Pflanzen. Elf Pflanzenarten verschwanden, Vögel wie Schelladler und Wachtelkönig, Doppelschnepfe oder Seggenrohrsänger verloren ihre Lebensräume. B. HAERDLE

Freitag, 11. Januar 2008 | Anklam

Angst vor dem Verkehrs-Kollaps

Der Industriestandort Lubmin wird in den nächsten Jahren kontinuierlich wachsen. Die vielen Transport-Laster, die dann an die Küste rollen, dürften bald für Probleme sorgen, sagen die Unternehmer. Sie wollen Zahlen sammeln und diese schnell der Politik übergeben.

Lubminer Heide Dieter Rittscher ist Geschäftsmann aus Leidenschaft. Und doch wählt der Chef der Energiewerke Nord (EWN) bei einem Großprojekt in den nächsten Monaten nicht die wirtschaftlichste Variante: Eine halbe Million Kubikmeter Sand muss sein Unternehmen auf dem Lubminer Betriebsgelände abtragen. Um das Areal zu

begradigen, auf dem unter anderen Dong Energy sein Steinkohlekraftwerk bauen will. Am ökonomischsten wäre es für die EWN, den Sand mit Lastern zur Deponie nach Wolgast zu bringen. „Doch das können wir den Menschen nicht zumuten. Es würden so viele Brummis durch die Dörfer rollen, dass sie das nicht mehr akzeptieren würden“, weiß Rittscher. Deswegen lässt er die Fracht nach Sassnitz verschiffen...

So viel Rücksicht können und wollen die Unternehmer allerdings nicht immer nehmen. In den nächsten Jahren ist mit einem massiven Anstieg des industriellen Verkehrsaufkommens in der Region zu rechnen. Denn der Industriestandort Lubmin wird immer weiter ausgebaut (s. Interview) und auch der Hafen Vierow erhöht kontinuierlich seine Umschlagszahlen.

Vertreter der hiesigen Wirtschaft halten dies für eines der sensibelsten politischen Themen der Zukunft. „Damit es nicht zu einem Verkehrskollaps kommt, brauchen wir gezielte Maßnahmen“, sagt Gerold Jürgens, Präsident des Unternehmerverbandes Vorpommern. Erste Strategien entwickelten er und seine Kollegen bei einem Treffen mit Verkehrsminister Otto Ebneth am Mittwoch in den Räumen der EWN. Der SPD-Politiker sicherte zu, dass noch in diesem Jahr mit dem Bau der Ortsumgehung von Spandowerhagen begonnen werden solle. „Das ist aber viel zu wenig, um das Problem zu lösen“, sagt Dieter Rittscher. Die Wirtschaftsexperten halten es für entscheidend, dass langfristig neue Straßen bei Greifswald und Wolgast gebaut werden, um die Orte zu entlasten und gute Transportbedingungen für die Firmen zu schaffen. Auch eine Ortsumgehung bei Levenhagen sei wichtig.

Wie Ebneth einschätzt, können diese Projekte trotz des Bedarfs aber frühestens bis 2013 realisiert werden. „Wir werden dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben“, verdeutlichte er. Damit diese aber nicht auf Status-Quo-Zahlen basiere, benötige das Ministerium belastbare Prognosen. Die wollen die Unternehmer nun schnellstmöglich unter Federführung der EWN erstellen. Thomas Müller, Prokurist des Kranbauunternehmens Liebherr, kündigte beispielsweise an, dass seine Firma die Produktion in Lubmin verdoppeln werde.

Zu bedauern sei, dass die neuen Straßen nicht rechtzeitig für den Bau der Großprojekte Steinkohlekraftwerk und Ostsee-Pipeline fertig würden, sagte Dieter Rittscher. Der Dong-Generalbevollmächtigte Albert Schön versicherte allerdings, dass die Dänen in der Bauphase so viel wie möglich über Wasser und Schiene transportieren wollen. Hanshagens Bürgermeister Michael Harcks regte an, kurzfristig eine provisorische Straße von Rappenhagen zur L26 zu bauen, die erste Entlastung für die Dörfer rund um Lubmin bringen könne.

ALEXANDER LOEW

Freitag, 11. Januar 2008 | Ostseebäder

HINTERGRUND

Das Verfahren

Im Genehmigungsverfahren für den Bau des Steinkohlekraftwerks in Lubmin wurden in der ersten Runde 1400 Einwendungen vom Staatlichen Amt für Umwelt und Natur in Stralsund als gültig erklärt. Hauptkritikpunkte sind die drohende Erwärmung des Greifswalder Boddens durch Kühlwasser, der befürchtete Schadstoffausstoß und dessen Auswirkungen auf Naturraum und Tourismus sowie die Wertminderung von Grundstücken. Die aktuell eingesandten Einwendungen werden in den nächsten Wochen bearbeitet. Anhörungstermine für weitere Teilverfahren sind am 29. April und 7. Mai geplant.

Freitag, 11. Januar 2008 | Wirtschaft

HINTERGRUND

Schiffe werden sauberer

In der weltweiten Schifffahrt soll der Schwefeldioxid-Ausstoß weiter gesenkt werden. Die Reedereien im Ostseeraum folgen bereits strengen Auflagen.

Rostock (OZ) Der Anteil der Schifffahrt am Ausstoß des Klimakillers Kohlendioxid (CO₂) liegt weltweit bei nur zwei Prozent. Trotzdem hat die Branche ein Emissionsproblem. Der Einsatz von schwefelhaltigem Schweröl als Treibstoff für die Schiffe bedingt, dass große Mengen Schwefeldioxid in die Luft geblasen werden. Der Schadstoff hat in Küstenregionen den „sauren Regen“ zur Folge, ähnlich wie ihn Braunkohlekraftwerke verursachen, die in den 70er Jahren als „Schwefelschleudern“ galten.

Den Ausstoß von Schadstoffen in der Schifffahrt „global deutlich zu senken“, steht deshalb für Prof. Peter Ehlers, Präsident des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH), „ganz oben auf der Agenda für 2008“.

Darüber könne aber nur auf internationaler Ebene entschieden werden, sagt Ehlers. Das BSH unterstütze Bemühungen, das Schweröl für Schiffsmotoren durch Diesel abzulösen.

Das hält Hanns Heinrich Conzen, Geschäftsführer der Fährreederei TT-Line, „für eine Illusion“. Und führt enorm gestiegene Treibstoffpreise ins Feld. „Ende 2007 kostete eine Tonne Schweröl 340 Euro, Diesel 600 Euro.“ 1999 lag das Verhältnis bei 80 Euro zu 115 Euro. Die Differenz sei wirtschaftlich nicht zu verkraften. Es müsste vorrangig

auf international einheitliche Grenzwerte für den Schwefelgehalt im Schweröl gedrängt werden, sagt Conzen, da „regionale Lösungen keinen Sinn machen.“ Die Reederei TT-Line, die von Travemünde und Rostock aus Fährlinien nach Schweden mit insgesamt sechs Schiffen betreibt, ist in puncto Umweltschutz seit Jahren vorbildlich. Zwei Drittel der Flotte gelten als „Green Ships“, die u. a. mit diesel-elektrischen Antrieben verkehren. Auch die anderen Fährreedereien in Rostock fahren seit Mai 2006 mit Schweröl, dessen maximaler Schwefelanteil 1,5 Prozent beträgt. Das bestätigt Karl-Heinz Schindler vom Hafenamts Rostock. „Auch in der konventionellen Schifffahrt gibt es niemanden mehr, der diese Vorgabe unterläuft.“ Frachter, die im Hafen liegen und Strom mit eigenen Generatoren selbst produzieren, dürften nur noch Diesel verwenden mit einem Schwefelgehalt von maximal 0,1 Prozent, so Schindler.

Die gesamte Ostsee ist seit 2006 Sondergebiet, was Schwefelemissionen von Schiffen betrifft. Hier gelten strengere Vorgaben als anderswo in der Welt. Dass die Schiffe schwefelarmen Treibstoff bunkern können, dafür sorgt in Rostock und anderen Ostseehäfen die OMB Ostsee Mineralöl Bunker GmbH. Es herrsche ein penibles Nachweisregime, wie Geschäftsführer Mathias Berndt berichtet. „Von jeder Schweröl-Bunkerung werden drei Probeflaschen genommen, um noch längere Zeit diverse Überprüfungen vornehmen zu können.“ Jährlich verkauft OMB 700 000 Tonnen besonders schwefelarmes Schweröl für Schiffe.

Seite 2: Kommentar

MARPOL-Abkommen regelt Emissionen

Im Mai 2005 trat die Anlage VI des internationalen Meeresumweltschutzabkommens MARPOL in Kraft, die den Ausstoß von Schadstoffen durch Seefahrzeuge regelt. Demnach ist es weltweit vorgeschrieben, Schiffe nur noch mit Schweröl zu betreiben, dessen Schwefelanteil maximal 4,5 Prozent beträgt.

Da Küstenregionen besonders durch Schwefelemissionen auf See in Mitleidenschaft gezogen werden, gelten für sogenannte küstennahe Schwefelemissions-Sondergebiete (SECA) strengere Auflagen. So dürfen Schiffe auf der gesamten Ostsee seit Mai 2006 nur noch mit Schweröl angetrieben werden, bei dem der Schwefelgehalt den Grenzwert von 1,5 Prozent nicht übersteigt. Seit August 2007 wurde das SECA-Gebiet auf die gesamte Nordsee erweitert.

Die Internationale Schifffahrtsorganisation IMO arbeitet an Regelungen, die Schadstoffemissionen auf See künftig weiter zu senken.

THOMAS SCHWANDT

Die „Huckleberry Finn“ ist eine von zwei TT-Line-Fähren, die von Rostock aus nach Schweden fahren.

Freitag, 11. Januar 2008 | Ostseebäder

„Dong verkohlt ganz Rügen“

In einer 24-Stunden- Aktion haben Bürger 1000 Unterschriften gegen das Kraftwerk gesammelt. Weitere Aktionen sind geplant.

Thiessow Es war ein riesiger Stapel an Papieren, den Gisela Zorn, Bürgermeisterin von Thiessow, in der Vorwoche dem Amtsboten übergab. 1000 Einwendungen gegen das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin hatten Einwohner gesammelt. „In einer 24-Stunden-Aktion wurden erst die Einwendungsschreiben erstellt und kopiert. Dann sind wir von Haus zu Haus gezogen, haben mit den Leuten geredet und sie unterschreiben lassen“, blickt Gisela Zorn auf die ersten Tage im Jahr zurück. Am 4. Januar mussten alle Schreiben beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Stralsund und Ueckermünde vorliegen.

„Die 19 Ordner Unterlagen haben nur zwei Wochen lang ausgelegen. Und das auch noch über die Weihnachtszeit. Es war eine Menge Arbeit, die alle durchzuarbeiten und die Einwände fachlich richtig zu formulieren“, sagt Annett Schwarz. Gut 20 Bürger in Thiessow engagieren sich gegen das Steinkohlekraftwerk. „Wir sind so eine Art Ortsgruppe der Bürgerinitiative Lubmin“, findet Torsten Jelinski. Ihm gehört die „Mönchguter Fischerklause“ in Thiessow. „Ich habe das Haus, das hier auf Rügen am dichtesten zum geplanten Kraftwerk steht“, sagt Jelinski grimmig. Wenn er auf der Veranda seines Restaurants steht, hat er direkten Blick auf das 13 Kilometer entfernte Lubmin. „Jeder zweite Gast fragt, was das für Industrieanlagen dort drüben sind“, so Jelinski. „Wenn ich dann erkläre, dass es sich um ein 1990 abgeschaltetes Atomkraftwerk handelt, sind die Leute beruhigt.“ Das ist seiner Meinung nach vorbei, wenn erstmal die 120 Meter hohen Schornsteine in die Luft ragen und den Dampf verbrannter Steinkohle in die Luft pusten. Der Gastronom befürchtet starke Einbußen für sein Geschäft. Genauso geht es Andreas Voigt, seiner Frau Solveig Oehlert-Voigt sowie dem Ehepaar Tanja und Michael Theissen. Sie vermieten Ferienwohnungen in Thiessow. „Noch“, wie Tanja Theissen betont. „Wenn das Kraftwerk wirklich gebaut wird, kommt doch keiner mehr her“, ist sich die Diplom-Psychologin sicher. Sie arbeitet als Asthmatrainerin und hat

Angst, dass neben den Urlaubern auch Patienten künftig fort bleiben. „Wir sind aus dem Ruhrgebiet hier nach Rügen gezogen, weil wir die Nase voll hatten von der dreckigen Luft“, so Theissen. Auch Manfred Hässler ist wegen der reinen Luft von Franken nach Thiessow gezogen, fühlt sich jetzt um seine Investition betrogen. Um ihrem Frust Luft zu machen und den Bau des Kraftwerks doch noch zu verhindern, verteilt die Bürgerinitiative Flugblätter oder nimmt an Demonstrationen teil, so wie an der am kommenden Montag in Heringsdorf, wenn Ministerpräsident Harald Ringstorff zum Neujahrsempfang erwartet wird. „Kein Steinkohlekraftwerk in Lubmin. Für die Zukunft unserer Kinder und unserer Heimat“ – steht auf den beiden Bannern, die seit gestern an der „Fischerklause“ und am Ortseingang von Thiessow hängen. Derzeit wird noch Geld für die nächste Aktion gesammelt. „Wir wollen zehn große Schilder an den Straßen aufstellen, auf denen Rügen als verkohltes Toastbrot zu sehen ist. Denn Dong verkohlt ganz Rügen“, sagt Hässler.

KATHARINA DEGRASSI

Freitag, 11. Januar 2008 | Anklam

KOMMENTIERT

Anwohner brauchen Perspektive

Der Industriestandort Lubmin wächst. Zur Freude vieler Menschen, weil dies Arbeitsplätze bedeutet. Die Stimmung kann aber umschlagen, wenn der Aufschwung Verkehrschaos in den Umgebung bedeutet. Das ist bei der jetzigen Infrastruktur zu befürchten, selbst wenn die Unternehmen viel über Wasser und Schiene liefern. Klar ist: Die nötigen Straßen werden nicht mehr rechtzeitig fertig, um Entlastung bei Großvorhaben wie dem Kohlekraftwerk – wenn es denn genehmigt wird – oder der Ostsee-Gaspipeline zu bringen. Eine Zusicherung der Politik, dass die Projekte aber mittelfristig kommen, wäre wichtig: Sie würde den vom Verkehr betroffenen Anwohnern eine Perspektive geben, die schwere Zeiten leichter erträglich macht. AL

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Anklam

Rubenow hofft auf Gehweg an der Kreisstraße

Rubenow Optimistisch blickt der Bürgermeister von Rubenow, Norbert Schröder, ins begonnene Jahr 2008. Zwar ist in der Gemeinde einiges ins Stocken gekommen, aber „klagen hilft nichts“, sagt er. Schon seit Jahren ist der Gehweg entlang der Kreisstraße nicht nur im Gespräch, sondern auch im Plan und ein Muss. Eine entsprechende Rücklage wurde angespart, „aber der Kreis spielt nicht mit“, so Schröder. Der Straßenbau wurde immer wieder verschoben. Der Grund: Kein genehmigter Haushalt, keine ausreichenden Mittel. Ferner hofft Schröder, dass ein Auseinandersetzungsvertrag mit dem Wasserzweckverband Wolgast-Festland realisiert werden kann, weil der Rubenower Ortsteil Groß Ernhof Mitglied des Zweckverbandes Wasser Abwasser Boddenküste (ZWAB) werden will. Das laufe, könne aber nicht übers Knie gebrochen werden. Ebenfalls ein langer Atem werde für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.2 für das Industrie- und Gewerbegebiet Lubminer Heide benötigt. „Der ist in Arbeit“, sagt Schröder, glaubt aber, dass die Auslegung nicht vor Sommer realisierbar ist. Der B-Plan Nr. 2 ist eine Erweiterung des Planes Nr. 1, weil Investoren ins zukünftige Industriegebiet der Lubminer Heide drängen. Neben diesen Vorhaben soll auch innerörtlich einiges passieren, um das Leben in der Gemeinde auszugestalten. Das betrifft die Sanierung von Straßen und Wegen und „Verbesserungen im Kulturhaus“. Daneben sollen die Beziehungen zu Nachbarn vertieft werden. Schröder nannte die Verbesserung der Anbindung zwischen der Gemeinde Rubenow und Katzow – speziell den Weg nach Netzeband via Ziese.

Mittwoch, 09. Januar 2008 | Deutschland

Millionen-Segen für Modellregion „Stettiner Haff“

Berlin (dpa) Die von Abwanderung und alternder Bevölkerung geprägte Region am Stettiner Haff bekommt über ein neues Modellprojekt vom Bund zwei Millionen Euro sowie wissenschaftliche Unterstützung. Das Geld solle in den nächsten zwei Jahren in etwa 20 Projekte in der Modellregion fließen, teilte Landesverkehrsminister Otto Ebneth (SPD) gestern anlässlich der Unterzeichnung der Zielvereinbarung in Berlin mit. Dabei gehe es unter anderem um den Ausbau von Verkehrswegen, seniorenrechtliches Bauen und die gemeinsame Vermarktung von Standorten und Produkten der Region. Zur Modellregion gehören die Kreise Ostvorpommern und Uecker-Randow. Eine weitere Modellregion ist Südharz-Kyffhäuser (Sachsen- Anhalt/Thüringen). Beide Regionen waren in einem Wettbewerb zum Umgang mit dem Wandel der Bevölkerung aufgrund ihrer Strategien zum Umbau sozialer Infrastruktur ausgewählt worden. Sie bekommen nun auch Unterstützung von Wissenschaftlern. Hintergrund für das Modellprojekt „Demographischer Wandel - Zukunftsgestaltung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen“ ist die Erwartung, dass die Auswirkungen des demographischen Wandels weitere Teile des Bundesgebietes erfassen

werden. Der Minister sagte, wichtigstes Ziel in der Modellregion „Stettiner Haff“ sei es, Arbeitsplätze zu schaffen. Abwanderung sei ein großes Problem in der Region. „Abwanderung kann man am besten mit gezielter Ansiedlungs- und Infrastrukturpolitik, begegnen.“ In der Region „Stettiner Haff“ werden 2008 Millionen investiert. Gebaut werde u.a. am Verkehrsknoten „Redoute“ bei Anklam, um die Region besser zu erschließen und um eine bequemere Erreichbarkeit der Ferieninsel Usedom zu ermöglichen. Ortsumgehungen seien für Wolgast und Spandowerhagen bei Lubmin geplant. Der Hafen in Wolgast werde auf 7,5 Meter vertieft. Im Hafen Ueckermünde-Berndshof werde der Kapazitätsausbau fortgesetzt. Der Industriehafen werde verbreitert und vertieft. Ab Ostern soll die Usedomer Bäderbahn bis ins polnische Swinemünde (Swinoujście) fahren.

Donnerstag, 10. Januar 2008 | Mecklenburg-Vorpommern

Verkehrsanbindung von Lubmin wird verbessert

Lubmin (dpa) Die Verkehrsanbindung des Industriestandortes Lubmin soll verbessert werden. Anfang 2009 werde der Bau der Ortsumgehung in Spandowerhagen beginnen, sagte Verkehrsminister Otto Ebnet (SPD) in Lubmin. Auch die Verlängerung der Ortsumgehung um Greifswald bleibe ein wichtiges Thema. Die Redoute bei Anklam befinde sich im Ausbau und solle Ende 2009 für den Verkehr freigegeben werden. Mit dem 2006 eröffneten Hafen als Motor habe sich Lubmin zu einem der dynamischsten Standorte im Land entwickelt, sagte Ebnet. 2007 wurden im Hafen 60 000 Tonnen Stahl und Holz umgeschlagen.